

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf.
Zurück der Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Cisleithanien M. 3.—, erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 36 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die gespaltene Zeile mit 30 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 25 Pf. Inserate müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Voranz zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 226.

Dresden, Montag den 29. September 1913.

24. Jahrg.

Au unsere Leser!

Zum bevorstehenden Vierteljahrwechsel richten wir
wiederum an unsere Leser die Aufforderung, eifrig tätig zu sein,
um **neue Abonnenten für die Dresdner Volkszeitung zu gewinnen!** Gerade die jetzige Zeit zeigt, wie dringend notwendig
eine unermüdete Werbetätigkeit für die Sache des
Sozialismus und damit auch für die sozialdemokratische
Presse ist.

Schwer lastet die Krise auf dem deutschen Volke.
In vielen tausenden Familien ist Not und Elend eingekrochen,
aber die Herren Deutschlands, die Junker und Kapitalisten,
und ihre getreuen Anwälte auf den Ministersejeln läßt die Not
des Volkes kalt. Schon seit Jahren leidet das deutsche
Volk unter dem

Druck einer schweren Steuerung.

Gerade jetzt, wo das Einkommen von vielen Tausenden
durch die Wirkungen der Krise geschnitten wird, wäre es die
Pflicht der Herrschenden, die Not des Volkes durch Ver-
billigung der Nahrungsmittel zu mildern,
aber sie denken gar nicht daran. Und noch immer
sind zufrieden die Agrarier habgierige Rühherren. Wir
haben noch nicht genug Geld so rufen sie. Wir brauchen
einen **taufenösen Volkstakt!**

In den letzten Wochen ist viel die Rede gewesen von
einem Kartell der „**Schaffenden Arbeit**“, in Wahr-
heit einer Verbindung von Schlotbaronen, Krustjunkern und
rückständigen Mittelständlern, zur Ausbeutung aller dieser,
die durch ihrer Hände oder ihres Kopfes Arbeit neue
Werte schaffen.

Während den Arbeitern durch Krise und Steuerung von
Tag zu Tag schwerer gemacht wird, sich mit seiner Familie
über Wasser zu halten, will man es ihm unmöglich machen,
durch Zusammenschluß mit seinen Klassenossen im gewerk-
schaftlichen Kampf sich bessere Arbeitsbedingungen zu erkämpfen.
Das Koalitionsrecht wird mißbraucht, so plärzt
von allen Seiten, sobald die Arbeiter von ihrem Koalitions-
recht Gebrauch machen. Unter dem Vorbehalt, daß die ge-
liebten Arbeitswilligen besser geschäftigt werden
müssen, jene nützlichen Elemente, die oft mit Messern und
Revolvern gegen ihre Klassenossen zu Felde ziehen, will
man den Arbeitern

ihre Koalitionsrecht rauben.

Wahrlich, da heißt es für die Volksmassen, auf der Hut
zu sein. Sie müssen treu zu dem Kampfbanner halten, das
ihre Interessen und Rechte gegen ihre Unterdrücker und
Ausbeuter vertretet hat, zur **Sozialdemokratie.**

Gerade die letzten Monate haben bewiesen, von
welch ungeheurem Wert es für das deutsche Proletariat
ist, eine **Armee wie die Sozialdemokratie zu besitzen.**

Zwar ist sie noch nicht stark genug, um den Militarismus
an sich einer wahrhaftigen Ausschreitung wie der letzten
Militärvorlage zu hindern. Aber so manches Unheil hat

die Sozialdemokratie vom deutschen Volke fern-
gehalten. Dem Vorhandensein der roten 110 im Reichstag
ist es zu danken, daß den Armen und Kerntzen nicht
wieder eine **schwer drückende Last indirekter Steuern aufer-
legt** worden ist, ihm ist es zu danken, daß dem Militarismus
ein kleines Jugendschicksal abgerungen wurde und wenigstens
etwas das Schicksal derer gemildert ist, die in die jermalmen-
den Räder unserer barbarischen Militärjustiz geraten.

Die Sozialdemokratie steht aber ihre Aufgabe nicht nur
barin, hier und da die Lage der Proletarier etwas zu bessern.
Wir sind in einer Zeit, wo einem jeden so recht der

Widerwärtigkeit unserer kapitalistischen Wirtschaftsordnung
zum Bewußtsein kommen muß. Während Tausende von
Arbeitern auf der Straße liegen, sind die Lager der Kauf-
leute und Fabrikanten überfüllt. Wir haben den
**finsternen Zustand, daß Not und Elend herrscht, nicht weil
Mangel, sondern weil Überfluß an Gütern vorhanden ist.**

Woll in unserer kapitalistischen Gesellschaftsordnung planlos
darauf losgearbeitet wird, liegen so viele Arbeitskräfte brach,
müssen Tausende hungern. Die Sozialdemokratie will

dieser fragwürdigen Ordnung ein Ende bereiten,
sie ersetzen, durch eine **Gesellschaftsordnung, in der
das ganze Wirtschaftsleben planmäßig organisiert**
ist, in der man daher die Arbeitslosigkeit mit ihrer
Rassennot und ihrem Massenelend nicht mehr
kennen wird. Um ihre großen Ziele zu erreichen, braucht
die Sozialdemokratie die Hilfe eines möglichst großen Teils
des Proletariats.

Die zahlreichen Proletarier,

die Arbeiter und Angestellten, die kleinen Gewerbetreibenden
und Landwirte, die heute noch außerhalb unserer
Schlagweite stehen,

**müssen gewonnen werden für unsere wirtschaftlichen und
politischen Organisationen.**

Das vornehmste Mittel, um neue Kämpfer für unsere
große Sache zu werben, ist die

sozialdemokratische Presse.

Die bürgerlichen Blätter, die ihre Leser mit stumpf-
sinnigem Klatsch füttern, die Ideale der modernen Arbeiter-
bewegung mit Schmutz bewerfen und die Sozialdemokratie
verleumdern, müssen heraus aus den Häusern der
Arbeiter.

**Darum mache es sich ein jeder unserer
Anhänger zur Aufgabe, neue Leser zu
werben für die sozialdemokratische Presse,
neue Leser für die Dresdner Volkszeitung.**

Sozialdemokratie und Handlungs- gehilfen.

Die Handlungsgehilfen und die technischen Angestellten
verlangen das Verbot der ihnen vielfach von den Unter-
nehmern aufgewungenen Vereinbarung, daß sie nach Ablauf
des Dienstvertrages nicht in Konkurrenzgeschäften tätig sein
dürfen (Konkurrenzklause). Der Bundesrat hat im Einber-
den mit dem Unternehmertum diesen Wünschen der An-
gestellten nicht entsprochen, wobei aber hat er Ende vorigen
Jahres dem Reichstage einen Gesetzentwurf vorgelegt, der für
die Handlungsgehilfen nur eine scheinbare Verbesserung
bringen würde und sich auf die technischen Angestellten und
die Arbeiter überhaupt nicht bezieht.

Vor der Gesetzentwurf an den Reichstag kam, traten
nicht nur der freigewerkschaftliche Zentralverband der Hand-
lungsgehilfen, sondern auch die anderen Gehilfenvereine für
das völlige Verbot der Konkurrenzklause ein, obwohl natür-
lich bekannt war, daß die bürgerlichen Parteien für eine solche
gesetzliche Bestimmung zugunsten der Handlungsgehilfen
überhaupt nicht oder nur sehr schwer zu gewinnen sein wür-
den. Als aber der Gesetzentwurf an den Reichstag gelangte,
zu veranlaßte der Sanjakbund in Gemeinschaft mit Ver-
tretern der liberal gerichteten Handlungsgehilfenverbände
einen für Handlungsgehilfen von 1888, Verband Deutscher
Handlungsgehilfen zu Leipzig usw.) eine Konferenz, die die
Erklärung abgab, daß ein völliges Verbot der Konkurrenz-
klause nicht zu erreichen sei. Man forderte es nur noch für
Angestellte bis zu 3000 M. Jahreseinkommen. Als sich nun
tatsächlich herausstellte, daß das völlige Verbot nicht nur an
dem Widerstande des Bundesrats, sondern auch an dem der
Reichstagsmehrheit scheitern würde, da war es der konser-
vativ-antidemokratischen Deutschnationale Handlungsgehilfenver-
band, der für die gehilfenfeindlichen politischen Parteien eine
Kettungsaktion vornahm. Er versuchte noch im Januar 1913,

also zu Beginn der Kommissionsverhandlungen des Reichs-
tages, eine Eingabe. Darin wünschte er nicht mehr das
völlige Verbot, er verlangte es nur für Angestellte mit einem
Jahreseinkommen von 5000 M. und weniger. Das war aber
erst der Anfang zu einem weiteren Rückschlag.

Nach langem Hin und Her mit dem Bundesrat, der die
wider Erwarten weitgehenden Beschlüsse der Reichstags-
kommission abgelehnt hatte, erklärte sich diese Kommission
schließlich im Juni 1913 zu einem Kompromiß bereit. Der
Bundesrat wollte nicht anderen Änderungen die Konkurrenz-
klause nur für solche Handlungsgehilfen verbieten, deren
Einkommen nicht über 1500 M. beträgt, wobei er sich auf die
Lafache stützte, daß das Zentrum, die Fortschrittliche Volkspartei
und ein Teil der nationalliberalen und konservativen
Reichstagsmitglieder auch keine höhere Gehaltsgrenze für das
völlige Verbot gewähren wollten. Handlungsgehilfen mit
einem Arbeitsverdienst von mehr als 1500 M. sollten eine ge-
wisse Entschädigung erhalten, wenn sie der Konkurrenzklause
unterworfen würden.

Da kam der Verband katholischer kaufmännischer Ver-
einigungen und erklärte in einer Eingabe an die Reichstags-
kommission, daß eine Gehaltsgrenze von 1500 M. überhaupt
keinen Zweck habe. Er wünschte dafür, daß die erwähnte Ent-
schädigung für alle von der Konkurrenzklause betroffenen
Angestellten etwas höher bemessen werde. Der Deutschnatio-
nale Handlungsgehilfenverband tat dasselbe. In dieser
Situation hatte sich die sozialdemokratische
Reichstagsfraktion, deren entschiedenem Auftreten
die von der Kommission ursprünglich gefassten weitergehenden
Beschlüsse zu verdanken sind, die Frage vorzulegen, wie weit
sie, um überhaupt einen Vorteil für die Handlungsgehilfen
herauszubringen, dem Widerstande des Bundesrates und der
bürgerlichen Abgeordneten nachgeben könne und müsse. Sie
stellte hierfür in Übereinstimmung mit leitenden Personen
des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen einige Be-
dingungen auf, und zwar u. a. die, daß die Konkurrenzklause

Am 28. Oktober soll vor der Berliner Strafkammer der
Prozess gegen Brandt beginnen. Mitangeklagt ist der Krupp-
direktor Eccius.

Bei der Landtagswahl in Rottweil (Württem-
berg) hat das Zentrum ein Mandat an die Nationalliberalen
verloren.

In dem Orte Weimerzhagen im Sauerland sind 30 Häuser
durch eine Feuerbrunst zerstört worden.

Vom Balkan kommen Meldungen über neue Kriegsvor-
bereitungen.

Die vorrückenden serbischen Truppen schlugen die
Albaner an mehreren Punkten in die Flucht.

In der portugiesischen Provinz Estremadura ist es zu Un-
ruhen gekommen.

unbedingt für solche Angestellte mit einem Jahresgehalt bis
zu 2000 M. verboten werden müsse. Auf die vom Bundesrat
zugestandene Gehaltsgrenze von 1500 M. wollte sie unter
keinen Umständen herabgeben. Die bürgerlichen Parteien
hüteten sich, das 1500-M.-Kompromiß ohne die Sozialdemo-
kraten abzuschließen, und so kam es, daß der Reichstag in die
ferien ging, ohne daß der Gesetzentwurf verabschiedet wurde.
Damit waren der Verband katholischer kaufmännischer Ver-
einigungen und der Deutschnationale Handlungsgehilfenver-
band in eine arge Klemme geraten. Die liberal gerichteten
Bereine haben aus ihrer ersten Dummheit (Schickelmeckel mit
dem Sanjakbund) gelernt und sind zum Teil jetzt sogar so
dreist, den sozialdemokratischen Abgeordneten einen Vorwurf
daraus zu machen, daß diese auf eine Gehaltsgrenze von 2000
Mark unter dem Zwange der Verhältnisse eingehen wollen,
um überhaupt einen Vorteil für die Handlungsgehilfen zu-
stande zu bringen. Ueber die gehilfenfeindliche Haltung der
bürgerlichen Parteien aber verlieren jene Verbände kein
Wort.

Der Einfluss der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion
war also so stark, daß die bürgerlichen Parteien ohne sie ein
Kompromiß mit dem Bundesrat abzuschließen sich nicht ge-
trauten. Außerdem aber hat die feste Haltung der sozial-
demokratischen Reichstagsfraktion bewirkt, daß nimmermehr die
Reinheit der kaufmännischen Gehilfenvereine, die natürlich
aus agitatorischen Gründen an Entschiedenheit nicht hinter
der Sozialdemokratie zurückstehen möchten, den Standpunkt
der sozialdemokratischen Abgeordneten als das Mindestmaß
dessen hinstellt, was bei dem Gesetzentwurf unbedingt heraus-
kommen muß, wenn er von den Angestellten überhaupt als
ein Vorteil angesehen werden soll. Die entschiedene Haltung
der sozialdemokratischen Abgeordneten hat diesen kaufmänni-
schen Vereinen das Rückgrat gestärkt und sie stehen somit auf
der Seite der Sozialdemokratie gegen die bürgerlichen
Parteien und gegen die Regierung.

Durch die kluge Haltung der sozialdemokratischen Reichs-
tagsfraktion ist es den Gegnern auch unmöglich gemacht wor-
den, in beliebiger Weise auf die angebliche „**verwerfliche Mes-
sers- und Nichts-Politik**“ der Sozialdemokratie zu schimpfen.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912.

Die wirtschaftliche Konjunktur im Jahre 1912 war den
auf die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen ge-
richteten Bestrebungen der Arbeiterschaft nicht so günstig wie
die des Jahres 1911. Die langwierigen Volkswirren und
die damit verbundene hohe Spannung der politischen Lage
und des Geldmarktes übten ihre ungünstige Wirkung auch auf
das Erwerbsleben Deutschlands aus. In einer großen An-
zahl wichtiger Industrien flaute der Geschäftsgang erheblich
ab, der Grad der Arbeitslosigkeit verschärfte sich und ein
stärkeres Angebot von Arbeitskräften machte sich auf dem
Arbeitsmarkte bemerkbar. Vergleicht man die Ergebnisse der
Statistik der Zentralverbände über: „**Die Lohnbewegungen,
Streiks und Ausperrungen im Jahre 1912**“ mit den Zahlen
der vorjährigen Statistik, so will es scheinen, als wenn die
ungünstigere wirtschaftliche Lage von keinem Einfluss auf die
Zahl und den Umfang der wirtschaftlichen Bewegungen der
Arbeiterschaft war. Es ist vielmehr zahlenmäßig eine Ver-
mehrung der Bewegungen wie auch der daran beteiligten Per-
sonen zu konstatieren. Es fanden statt insgesamt 9961 Be-
wegungen ohne und mit Arbeitsverstellung, an denen zu-
sammen 1254358 Personen beteiligt waren. Für 1911
wurden 9670 Bewegungen mit 1011669 Beteiligten gezählt,
so daß das Jahr 1912 ein Mehr von 291 Bewegungen und
242 689 Personen aufweist. Bei diesem Zahlenverhältnis muß
jedoch berücksichtigt werden, daß im Frühjahr 1912 der große
Bergarbeiterstreik ausbrach, an welchem vom Bergarbeiter-
verband allein 237 732 Personen beteiligt waren. Sieht man
von diesem Kampf als einer Ausnahmeerscheinung ab in dem
Sinne, daß eine solche erhebliche Teilnahme von Personen
eines Berufes an den wirtschaftlichen Kämpfen sich nicht all-
jährlich wiederholt, so ist die verbleibende Zahl der Betei-